

Nr. 290 | 15.03.2022

Polen-Analysen

Polen und der Krieg in der Ukraine

■ ANALYSE	
Die Bedeutung des Kriegs in der Ukraine für Polen Klaus Ziemer, Warschau	2
■ DOKUMENTATION	
Erklärung des Außenministeriums der Republik Polen zum bewaffneten Angriff Russlands auf die Ukraine, 24. Februar 2022	7
Für Sanktionen gegen Russland: Stellungnahme von Ministerpräsident Morawiecki in Berlin, 26. Februar 2022	7
Über die Lage in der Ukraine: Pressekonferenz von Präsident Duda nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, 2. März 2022	8
Brief des Vorsitzenden der Polnischen Bischofskonferenz, Stanisław Gądecki, an Kyrill, Patriarch von Moskau und der ganzen Rus, 2. März 2022	10
■ UMFragen	
Einstellungen der polnischen Bevölkerung zum Krieg in der Ukraine	12
■ CHRONIK	
01. – 14. März 2022	17

Die Bedeutung des Kriegs in der Ukraine für Polen

Klaus Ziemer, Warschau

DOI: 10.31205/PA.290.01

Zusammenfassung

Der Angriffskrieg des russischen Präsidenten Putin auf die Ukraine hat in Polen eine beispiellose Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Polen und Ukrainer verbindet eine jahrhundertelange Geschichte, die insbesondere im 20. Jahrhundert etliche, auf beiden Seiten unterschiedlich wahrgenommene tragische Ereignisse umfasst. Die jetzige Offenheit nicht nur der polnischen politischen Klasse (in dieser Frage sind die sonst tief zerstrittenen Lager von Regierung und Opposition vereint), sondern auch der überwältigenden Mehrheit der polnischen Gesellschaft gegenüber den Ukrainern bietet die Chance, langfristig eine auch emotionale Annäherung zwischen beiden Gesellschaften zu erreichen und eventuell auch einen Teil der demografischen Probleme Polens zu lösen.

Polen und Ukrainer verbindet seit Jahrhunderten eine nicht immer glückliche Geschichte. Große Teile der heutigen Ukraine gehörten zum Königreich Polen-Litauen. Im 17. Jahrhundert fiel der links des Dnjepr gelegene Teil der Ukraine einschließlich Kiews an Russland, die rechts des Dnjepr gelegenen ukrainischen Gebiete nach den Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts an Habsburg. Mit dem Aufkommen nationalstaatlicher Bestrebungen im 19. Jahrhundert kam es zu Rivalitäten zwischen Ukrainern und Polen um dieses Gebiet. Dabei konnten sich die Polen 1918 militärisch durchsetzen.

In der Folge kam es bis nach dem Zweiten Weltkrieg zu teils gewalttätigen polnisch-ukrainischen Auseinandersetzungen. In der Zwischenkriegszeit versuchte die »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN), sich gegen die Polonisierung der von Ukrainern bewohnten Gebiete im Südosten des damaligen Polen zu wehren. Unter deutscher Besatzung zielte der bewaffnete Arm der OUN, die »Ukrainische Aufständische Armee« (ukrain. *UPA*) unter Stepan Bandera, darauf ab, aus den ukrainischen Gebieten, für die sie nach dem Krieg die Unabhängigkeit erwartete, die nicht ukrainische Bevölkerung zu vertreiben. Insbesondere in Wolhynien fielen 1943/44 Zehntausende Polen Massenmorden der *UPA* zum Opfer. Die polnische Heimatarmee (poln. *AK*) reagierte mit der Verteidigung der bedrohten Polen und griff ihrerseits zu Vergeltungsaktionen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Veränderung der Grenze zugunsten der Sowjetukraine wurden Zehntausende Ukrainer – sehr oft gegen ihren Willen – in die Sowjetunion »ausgesiedelt«. 1947 wurden in der »Aktion Weichsel« die vor allem noch im Südosten Polens lebenden Ukrainer, mehr als 100.000 Personen, die als Basis für die *UPA* galten, in die ländlichen Territorien der Oder-Neiße-Gebiete vertrieben, wo sie assimiliert werden sollten.

Alle die polnisch-ukrainischen Beziehungen belastenden Ereignisse des 20. Jahrhunderts waren unter kommunistischer Herrschaft in beiden Gesellschaften tabu. Sie gelangten in die öffentlichen Medien erst, nachdem Polen 1989/90 seine Souveränität zurückgewonnen hatte und die Ukraine 1991 unabhängig wurde. In den Jahrzehnten zuvor hatte vor allem die in Paris erscheinende polnische Exilzeitschrift »Kultura« unter Jerzy Giedroyc und Juliusz Mieroszewski das Verhältnis Polens zu seinen östlichen Nachbarn (Litauen, Belarus und Ukraine) thematisiert, wobei auch die heiklen Punkte der Geschichte des 20. Jahrhunderts angesprochen wurden. Die Kernthese der »Kultura« lautete, gute Beziehungen zu diesen Nachbarn könne man nur erreichen, wenn Polen die (mit erheblichen Gebietsverlusten zugunsten dieser Nachbarn verbundenen) Nachkriegsgrenzen anerkenne, freilich unter der Voraussetzung, dass diese Staaten souverän seien. Solche souveränen Nachbarn im Osten seien der beste Schutz Polens vor imperialen Bestrebungen Russlands. Als die Ukraine 1991 ihre Unabhängigkeit erklärte, war Polen der erste Staat, der sie anerkannte.

Ereignisse aus der Zwischenkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit, die das polnisch-ukrainische Verhältnis belasten, wurden nun auch offiziell angesprochen. Es gab von beiden Seiten Versöhnungsgesten auf politischer Ebene und seitens der Kirchen, die jedoch keine solche Symbolkraft gewannen wie analoge Gesten im deutsch-polnischen Verhältnis. Bei der »orangenen Revolution« 2004 spielte Polens Präsident Aleksander Kwaśniewski eine wichtige Vermittlerrolle. Diese Demokratiebewegung wurde von einer breiten Öffentlichkeit in Polen ebenso unterstützt wie der »Majdan« 2014. Versuche der polnischen Regierung, bei ihren westlichen Partnern Zustimmung für eine Annäherung der Ukraine an die NATO und die EU zu gewinnen, blieben jedoch ohne größeren Erfolg.

Polens Rückkehr in die internationale Politik

Für die seit 2015 regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*), und vor allem für ihren Vorsitzenden Jarosław Kaczyński, ist Außenpolitik eher eine Funktion der Innenpolitik. Selbst eine gewisse außenpolitische Isolierung wird in Kauf genommen, wenn dadurch nicht die innenpolitische Machtposition der *PiS* gefährdet wird. So versuchte Kaczyński 2017 die Wiederwahl von Donald Tusk, den er offensichtlich als eine Art Todfeind betrachtet, zum Präsidenten des Europäischen Rates mit allen Mitteln zu verhindern. Die Wiederwahl von Tusk mit dem Ergebnis von 27 zu 1 – selbst Victor Orbáns Ungarn stimmte für Tusk – wurde von Kaczyński als »moralischer Sieg« gefeiert.

Gegenüber der EU hat die *PiS* ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits ist Polen der größte Nettoempfänger in der EU – im Jahr 2020 rund 13,2 Mrd. Euro. Andererseits sind die verschiedenen Flügel innerhalb des von der *PiS* geführten Regierungslagers Vereinigte Rechte (*Zjednoczona Prawica*) in der Regel darauf bedacht, die von ihnen bei vielen Gelegenheiten propagierte »Souveränität« Polens nicht durch Eingriffe der EU in innerpolnische Angelegenheiten einschränken zu lassen. Das gilt insbesondere für die Partei Solidarisches Polen (*Solidarna Polska – SP*) des Justizministers und Generalstaatsanwalts Zbigniew Ziobro. Er hat das Justizwesen in Polen so »umgebaut« und in seiner Doppelfunktion die Leitungspositionen rigoros mit ihm ergebenden Personen besetzt, dass von Gewaltenteilung nicht mehr gesprochen werden kann. Als Reaktion darauf hat die EU ab 2021 den »Rechtsstaatsmechanismus« eingeführt, nach dem Zahlungen an Mitgliedsstaaten ausgesetzt werden können, wenn diese gegen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verstoßen. Polen ist davon erstmals 2022 bei der Vergabe der EU-Mittel aus dem 750 Mrd. Euro umfassenden Wiederaufbaufonds betroffen, mit dem die Folgen der Corona-Pandemie überwunden werden sollen. Für Polen sind vorerst 36 Mrd. Euro eingefroren, die zumal angesichts der Folgen des Kriegs in der Ukraine dringend gebraucht würden.

In den Beziehungen zu den USA hatte die *PiS* lange auf US-Präsident Donald Trump gesetzt, auf die Stationierung weiterer amerikanischer Truppen gehofft und sogar angeboten, in Polen ein »Fort Trump« aufzubauen. Den Wahlsieg Joe Bidens erkannten Spitzenpolitiker der *PiS* erst sehr spät an. Die polnische Führung wurde danach monatelang von der US-Regierung weitgehend ignoriert. Durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich die internationale Position Polens schlagartig verändert. Polen wurde, wie die Tageszeitung »Rzeczpospolita« formulierte, von einem zweitrangigen NATO-Mitglied zu einem der wich-

tigsten Verbündeten der USA »katapultiert«. Mit dem Krieg in der Ukraine ist Polen nun das Land an der Ostflanke der NATO geworden, das als Haupttransferzentrum für die Lieferung von Waffen der NATO an die Ukraine fungiert. US-Präsident Joe Biden entsandte zwei Wochen nach dem russischen Angriff auf die Ukraine seine Stellvertreterin Kamala Harris zu einem Besuch nach Warschau (Warszawa). Sie bekräftigte, dass für die USA Art. 5 des NATO-Vertrags, nach dem ein angegriffenes Mitglied den militärischen Beistand der gesamten Allianz erhalte, auch für Polen gelte. Das mit rund 10.000 Personen in Polen stationierte US-amerikanische Militär wurde um zwei weitere Patriot-Batterien verstärkt. Wohl noch nie war die NATO-Mitgliedschaft für Polen so wichtig wie in der gegenwärtigen Situation.

Auffällig ist die aktive Rolle, die Präsident Andrzej Duda übernommen hat. Nach der Verfassung ist er zusammen mit dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister für die polnische Außenpolitik verantwortlich. In seiner 2021 begonnenen zweiten Amtszeit scheint er deutlich unabhängiger gegenüber der *PiS*-Führung zu sein. Duda hatte sich bisher auf internationaler Ebene im Wesentlichen auf repräsentative Aufgaben beschränkt. Seit dem Spätherbst 2021 scheint er in engem Kontakt mit der politischen Führung der USA zu stehen und mit den Amerikanern etliche Schritte abzustimmen. So legte er sein Veto gegen die »lex TVN« ein, mit welcher der in amerikanischem Besitz befindliche Fernsehsender »TVN« unter *PiS*-Kontrolle gebracht werden sollte.

Seit der russische Präsident Wladimir Putin den Druck auf die Ukraine erhöht hat, ist Duda auch international stärker aktiv geworden. Das Weimarer Dreieck (Deutschland, Frankreich, Polen), das etliche Jahre fast vergessen schien, wurde schon zum 30. Jahrestag seiner Gründung im August 2021 durch die drei Außenminister wiederbelebt. Als Russland die Spannungen um die Ukraine erhöhte, fand am 8. Februar 2022 erstmals wieder ein Treffen auf höchster Ebene in Berlin statt (die Präsidenten Andrzej Duda und Emmanuel Macron sowie Bundeskanzler Olaf Scholz). Als Russland immer mehr Truppen um die Ukraine zusammenzog, kam Ministerpräsident Mateusz Morawiecki am 26. Februar zusammen mit dem litauischen Präsidenten Gitanas Nausėda nach Berlin, um die Bundesregierung zu überzeugen, ihre Blockade von Waffenlieferungen an die Ukraine aufzugeben (s. Dokumentation S. 7f.). Dass Bundeskanzler Scholz kurz darauf in seiner Rede vor dem Bundestag vom 27. Februar eine Wende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und damit verbunden auch Waffenlieferungen an die Ukraine ankündigte, dürften sowohl Duda als auch Morawiecki auch als ihren persönlichen Erfolg betrachtet haben.

Keine Differenzen zwischen Regierung und Opposition in der Ukraine-Politik

Duda ist jetzt sichtlich bemüht, die Polarisierung der polnischen Politik zu überwinden. Gegen ein heftig umstrittenes Gesetz des Ministers für Bildung und Wissenschaft, Przemysław Czarnek (»lex Czarnek«), das national-klerikale Inhalte für den Geschichtsunterricht vorsah, legte er sein Veto mit der Begründung ein, es spalte die Gesellschaft weiter – jetzt aber sei gesellschaftlicher Konsens erforderlich.

Das Bemühen um die Geschlossenheit der politischen Lager in der Ukraine-Politik wurde in einer Sitzung der Nationalversammlung, einer sehr seltenen gemeinsamen Zusammenkunft von Sejm und Senat, am 11. März 2022 sichtbar. Eine solche Veranstaltung soll in der Regel die besondere Bedeutung eines Ereignisses unterstreichen. Formeller Anlass war der 23. Jahrestag des Beitritts Polens zur NATO. Präsident Duda unterstrich die Notwendigkeit nationaler Einheit in der Situation der aktuellen Bedrohung und nannte namentlich alle Politiker, die sich um Polens Aufnahme in die NATO verdient gemacht hätten, darunter auch den gelegentlich von *PiS*-Politikern als früheren kommunistischen Geheimdienstmitarbeiter bezeichneten ehemaligen Präsidenten Lech Wałęsa und dessen Nachfolger Aleksander Kwaśniewski, welcher der postkommunistischen Demokratischen Linksallianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) angehört hatte. Die Zugehörigkeit zu NATO und EU sei Teil der polnischen Staatsräson (2018 hatte Duda die EU einmal eine »imaginierte Gemeinschaft« genannt). Er sicherte der Ukraine umfassende polnische Unterstützung zu und erklärte, die Angriffe auf die Ukraine trügen Zeichen eines Völkermords.

Der Beifall, mit dem Dudas Rede von allen politischen Lagern bedacht wurde, zeigt, dass in der Ukraine-Politik die Gräben zwischen Regierungslager und Opposition weitgehend überbrückt sind. Über Video war zu dieser Sitzung der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zugeschaltet, der die Polen als »Brüder und Schwestern« anredete und sich für die große Hilfe der Polen für die Ukrainer bedankte.

Während die Unterstützung für die Ukraine parteiübergreifend ist, bleiben die innenpolitischen Frontlinien jedoch weiterhin sichtbar. Justizminister Ziobro, der innerhalb der Vereinigten Rechten am stärksten auf die Unabhängigkeit Polens von EU-Instanzen pocht, richtete eine Anfrage an das polnische Verfassungstribunal, ob Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention mit der polnischen Verfassung vereinbar sei. Dieser Artikel erlaubt u. a. dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sowie nationalen Gerichten, den Status von Richtern eines Landes daraufhin zu überprüfen, ob sie unabhängig sind. Unter Vorsitz des früheren Staatsanwalts der Volksrepublik und mehrjähri-

gen Sejm-Abgeordneten der *PiS* Stanisław Piotrowicz urteilte eine Kammer des Verfassungstribunals am 10. März 2022, dass diese Bestimmungen nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar seien. Der frühere Bürgerrechtsbeauftragte Artur Bodnar kommentierte dies mit den Worten, damit befinde sich das polnische Verfassungstribunal in einer Reihe mit dem russischen.

Bisher hatte vor allem die von Ziobro eingeführte Disziplinarkammer beim Obersten Gericht dazu geführt, dass der Rechtsstaatsmechanismus der EU angewendet wurde. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki war hier offenbar zu Kompromissen bereit, Ziobro strikt dagegen. Mit dem Urteil des Verfassungstribunals ist ein weiterer Punkt hinzugekommen, der das Geld aus dem Aufbaufonds der EU blockiert, das Morawiecki dringend für den polnischen Aufbauplan nach der Pandemie benötigt. Da Kaczyński zum Erhalt der *PiS*-Mehrheit im Sejm die Stimmen von Ziobros *SP* dringend benötigt, lässt er Ziobro vorerst gewähren.

Auswirkungen des Kriegs auf die Wirtschaft Polens

Die Wirtschaft Polens blickte Ende 2021 auf ein höchst erfolgreiches Jahr zurück. Mit 7,3 Prozent Wachstum des Bruttoinlandsprodukts war sie stärker als vor der Pandemie. Die Spannungen um die Ukraine und dann der russische Angriff haben jedoch die Prognosen nach unten verändert. Die Polnische Nationalbank erwartete Anfang März 2022 mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit für 2022 ein Wirtschaftswachstum von 3,4 bis 5,3 Prozent, während sie dieses im November 2021 noch auf 3,8 bis 5,9 Prozent geschätzt hatte. Die Prognosen für die Inflation 2022 liegen zwischen 9,3 und 12,2 Prozent (Schätzung im November 2021: zwischen 5,1 und 6,5 Prozent). Bereits als Folge der Pandemie war die Inflation auf knapp 10 Prozent gestiegen, weshalb die Regierung einen »Antiinflationsschild« verkündete. Die Mehrwertsteuer wurde z. B. für Diesel und Benzin von 23 auf 8 Prozent gesenkt, für Lebensmittel von 8 auf 0 Prozent. Trotz dieser Maßnahmen haben sich gerade die Preise für Lebensmittel besonders stark erhöht, was insbesondere Geringverdienende trifft. Nach der durch den Krieg in der Ukraine noch verstärkten Teuerung wird der »Antiinflationsschild« länger als ursprünglich vorgesehen (Ende Juli 2022) in Kraft bleiben. Hinzu soll ein »Anti-Putinschild« kommen, der Firmen helfen soll, die durch die gegen Putin verhängten Sanktionen Verluste erlitten haben.

Die Wirtschaft Polens spürt in vielfacher Weise Auswirkungen des Kriegs im Nachbarland. Zahlreiche ukrainische Arbeiter haben polnische Firmen verlassen, um für ihre Heimat zu kämpfen. So fehlen etwa dem Bausektor oder dem Transportgewerbe Arbeitskräfte, die so schnell nicht zu ersetzen sind. Im Bausektor betrifft

dies vor allem kleinere Subunternehmen, die einen relativ hohen Anteil ukrainischer Arbeitskräfte beschäftigen. Verteuert haben sich auch Baumaterialien. Etwa 20 Prozent des auf Baustellen verbrauchten Stahls kamen aus der Ukraine, Belarus und Russland. Der Immobiliensektor, der durch die Pandemie einen Nachfrageboom erfahren hatte, erlebt seit Beginn der russischen Angriffe auf die Ukraine einen tiefen Einbruch.

Rund zwei Wochen nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine reagierten Supermarktketten wie Lidl, Biedronka oder Żabka mit Angeboten an die unzähligen inzwischen eingetroffenen ukrainischen Frauen, sie im Verkauf oder auch in den Magazinen zu beschäftigen und auch polnischen Sprachunterricht zu vermitteln.

Wie kann die polnische Hilfe für die Ukraine organisiert werden?

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat eine geradezu unglaubliche, das ganze Land erfassende Welle der Hilfsbereitschaft in Polen ausgelöst. Die Emotionen, die der Überfall auf das Nachbarland freigesetzt hat, erinnern zum Teil an die Stimmung nach dem Tod von Papst Johannes Paul II. im Jahr 2005 oder nach dem Flugzeugabsturz der Präsidentenmaschine bei Smolensk 2010. Bisweilen wird das jetzige Ausmaß umfassender gesellschaftlicher Mobilisierung sogar mit dem Entstehen der *Solidarność*-Bewegung 1980 verglichen. Vermutlich gibt es in fast jedem größeren Ort ein Hilfskomitee, das die Versorgung der Flüchtlinge organisiert.

Nach Polen gelangen vor allem Frauen mit Kindern, in den ersten zwei Wochen des Kriegs waren es etwa 1,5 Millionen Menschen. Sie wurden vor allem von Privatpersonen aufgenommen sowie in provisorischen Unterkünften in Städten und Gemeinden untergebracht. Trotz des allgemeinen Stolzes über solche Ausmaße an Hilfsbereitschaft gibt es bisweilen auch in den Medien Fragen, ob es nicht effizienter wäre, statt Tausender individueller Fahrten an die Grenze Autobusse zu schicken, um die Ukrainer abzuholen, und statt einzelne Hilfspakete zu senden lieber Geld zu sammeln und Großeinkäufe für Sammeltransporte zu organisieren. Der Warschauer Stadtpräsident Rafał Trzaskowski teilte mit, dass die polnische Hauptstadt binnen weniger Tage einen Zuwachs ihrer Bevölkerung um 12 Prozent zu verkraften hatte. Mehr als die angekommenen 200.000 Flüchtlinge könne Warschau nicht aufnehmen. Dasselbe gilt für Krakau (Kraków). Sowohl von privaten Helfern als auch von Vertretern der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung wurde der Ruf nach organisierter staatlicher Hilfe lauter.

Am 8. März 2022 legte die Regierung im Sejm einen Gesetzentwurf zur Hilfe für Bürger der Ukraine vor. Zunächst rief ein *PiS*-Abgeordneter Empörung mit der

Bemerkung hervor, es sei ein Verdienst der Regierung, dass es keine Flüchtlingslager gebe. Oppositionsabgeordnete verwiesen darauf, dass dies ausschließlich einem beispiellosen Engagement »von unten« zu verdanken sei. Unstrittig an dem vorgelegten Gesetzentwurf über die Hilfe für ukrainische Flüchtlinge war, dass alle ukrainischen Staatsbürger, die nach dem Einmarsch russischer Truppen in ihr Land legal, das heißt registriert von den polnischen Grenzorganen, nach Polen eingereist sind, Anspruch auf bestimmte Rechte haben. Hierzu zählt ein zunächst 18-monatiges Aufenthaltsrecht in Polen. Die Aufnahme von Arbeit und der Empfang staatlicher Hilfeleistungen sollen dadurch erleichtert werden, dass diesen Ukrainern eine polnische Nummer zur Identifizierung von Personen (*PESEL*) verliehen wird. Die Ukrainer bemühen sich um den Erhalt einer solchen *PESEL*-Nummer offensichtlich in so starkem Umfang, dass sich vor den zuständigen Ämtern lange Warteschlangen bilden. Zu den staatlichen Hilfeleistungen zählen auch medizinische Betreuung sowie das Kindergeld (»500plus«), d. h. 500 Zloty für jedes Kind, das die *PiS* ab 2016 schrittweise eingeführt hatte und dem sie ganz wesentlich ihren Wahlerfolg von 2019 verdankte. Ferner erhalten Polen, die ukrainische Flüchtlinge aufnehmen, finanzielle Unterstützung.

Heftige Diskussionen lösten jedoch vorgesehene Bestimmungen aus, die mit der Hilfe für Ukrainer auch Regelungen verknüpften, die bereits im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung eingesetzt wurden. Dabei sollten Staatsbeamte und Politiker, die ihre Kompetenzen überschritten hatten (z. B. bei der Beschaffung von Medikamenten oder Masken), straffrei gestellt werden. Dies sollte auch in anderen Fällen gelten, die sich z. B. auf die Vergabe von Aufträgen für den Druck von Wahlzetteln beziehen ließen, die u. a. Ministerpräsident Morawiecki und Staatsminister Jacek Sasin für die für Mai 2020 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen veranlasst hatten, die dann aber doch nicht zustande kamen. Nach langen Debatten nahm der Sejm das Gesetz auch mit diesen umstrittenen Zusätzen an. Im Senat wurden sie jedoch mit Mehrheit gestrichen. Bei der erforderlichen erneuten Abstimmung im Sejm am 12. März 2022 wurden diese Streichungen beibehalten, da sie auch von drei *PiS*-Abgeordneten unterstützt wurden (229 zu 227 Stimmen). Präsident Duda unterschrieb das Gesetz noch am selben Tag.

Vereinzelt wird darauf hingewiesen, dass sich diese Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine grundlegend von der Einstellung unterscheidet, die Immigranten entgegengebracht wurde und wird, die im vergangenen Winter über Belarus nach Polen einreisen wollten, aber abgewiesen wurden und zum Teil ohne Versorgung tagelang an der Grenze ausharrten, wobei eine Reihe von Todesfällen zu beklagen war. Bemerkenswert ist auch eine

am 12. März veröffentlichte Umfrage, nach der 74 Prozent der repräsentativ befragten Bevölkerung dafür plädierten, dass die einzelnen Länder der EU nach einem Verteilerschlüssel nach Polen geflüchtete Ukrainer aufnehmen sollten. Nur sieben Prozent waren dagegen. Während der Flüchtlingskrise 2015 hatten die ostmitteleuropäischen Staaten es kategorisch abgelehnt, auch nur eine geringe Zahl von Immigranten aufzunehmen, deren riesige Zahl die Kapazitäten von Griechenland und Italien überforderte.

Folgen des Kriegs für das Verhältnis zwischen Polen und Ukrainern

Auch nach 1989/91 blieb der Umgang mit der Geschichte, insbesondere mit den polnisch-ukrainischen Beziehungen im Kontext des Zweiten Weltkriegs, eine latente Quelle von Spannungen, die je nach der aktuellen Lage im einen wie im anderen Land aufbrechen konnten. Es gab dabei immer wieder Reibungen, die sich insbesondere an der unterschiedlichen Beurteilung von Stepan Bandera entzündeten. Im Juli 2016 nahm das polnische Parlament fast einstimmig ein Gesetz an, das die Ermordung polnischer Zivilisten durch die *UPA* als Völkermord bezeichnete – gegen heftigen Protest aus der Ukraine. Dabei war kurz zuvor der damalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Rande des in Warschau stattfindenden NATO-Gipfels, an dem er als Gast teilnahm, vor einem Denkmal für die Wolhynien-Opfer niedergekniet.

Eine neue Etappe in diesem Konflikt wurde durch die Novellierung des polnischen Gesetzes über das Institut des Nationalen Gedenkens vom 26. Januar 2018 eingeleitet. Darin wurden mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren nicht nur Personen bedroht, die Polen beschuldigten, während des Zweiten Weltkriegs Verbrechen an Juden begangen zu haben, sondern auch Personen, die Verbrechen verharmlosten, die von ukrainischen Nationalisten zwischen 1925 und 1950 sowie von mit dem »Dritten Deutschen Reich« zusammenarbeitenden Verbänden begangen wurden. Diese Bestimmungen lösten nicht nur in Israel, sondern auch in der Ukraine Empörung aus. Sie wurden nach Protesten aus Israel und den USA zwar dahingehend geändert, dass keine Haftstrafe

mehr droht. Die Proteste aus der Ukraine spielten dabei aber so gut wie keine Rolle.

Dieses Vorgehen von Regierungsseite in Polen wurde begleitet von der Zerstörung von Denkmälern für die *UPA* in Gemeinden der ukrainischen Minderheit in Polen durch polnische Nationalisten. Die Antwort von offizieller ukrainischer Seite bestand darin, dass polnischen Historikern, die die sterblichen Überreste ermordeter Polen in Wolhynien exhumieren wollten, die weitere Arbeit untersagt wurde. Dieses Verbot wurde inzwischen aufgehoben.

Vor diesem Hintergrund könnte die spontane, nahezu die gesamte Gesellschaft ergreifende Hilfsbereitschaft der Polen für die Flüchtlinge aus der Ukraine zu einem Neuanfang in den Beziehungen zwischen Polen und Ukrainern führen, zumal die Ukrainer diese Hilfe dankbar anerkennen. Viele der Flüchtlinge werden nach dem Ende der Kampfhandlungen in ihre Heimat zurückkehren. Polen benötigt jedoch aufgrund seiner demografischen Situation mittel- und langfristig den Zustrom von Arbeitsimmigranten, wenn die Dynamik seiner wirtschaftlichen Entwicklung gesichert werden soll. Aus keinem Land sind dabei – außer aus Belarus – Zuwanderer so willkommen wie aus der Ukraine.

Eine dauerhafte Einwanderung aus der Ukraine stellt die polnische Gesellschaft und Politik jedoch auch vor eine Reihe von Herausforderungen. Für Schulkinder aus der Ukraine müssen ebenso wie für Vorschulkinder entsprechende Integrationsprogramme entwickelt werden, was aus inhaltlichen wie personellen Gründen sicher eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Die polnische Gesellschaft, die nach dem Zweiten Weltkrieg gewohnt war, in einem ethnisch weitgehend homogenen Staat zu leben, müsste akzeptieren, dass in Polen auch eine wachsende nichtpolnische Minderheit mit entsprechenden Rechten lebt. In der Adelsrepublik (bis 1795) und in der Zweiten Republik der Zwischenkriegszeit war Polen von einer starken ethnischen Vielfalt geprägt. Sich daran zu erinnern, könnte auch eine Chance sein, nach dem Ende der gegenwärtigen Kampfhandlungen in der Ukraine auf der staatlichen wie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene neue gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine aufzubauen.

Über den Autor

Klaus Ziemer, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier und der Kardinal Wyszyński-Universität Warschau (Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego w Warszawie), 1998–2008 Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau; Forschungsschwerpunkte: Transformation in den postkommunistischen Staaten, deutsch-polnische Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg, Geschichtspolitik.

Erklärung des Außenministeriums der Republik Polen zum bewaffneten Angriff Russlands auf die Ukraine, 24. Februar 2022

Das Außenministerium der Republik Polen verurteilt entschieden den beispiellosen bewaffneten Angriff auf die Ukraine. Die Russische Föderation hat bewusst die Entscheidung getroffen, die Fundamente der gegenwärtigen Sicherheitsarchitektur zu zerstören und einen Versuch zu unternehmen, die Grenzen gewaltsam zu verändern. Dazu kann es im 21. Jahrhundert keine Zustimmung geben. Polen unternimmt gemeinsam mit seinen Verbündeten alle vom internationalen Recht vorgesehenen Aktivitäten, um die Ukraine zu unterstützen und die russische Aggression aufzuhalten.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej [Außenministerium der Republik Polen]. <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/komunikat-msz-w-sprawie-rosyjskiej-agresji-zbrojnej-na-ukraine> (abgerufen am 05.03.2022).

Für Sanktionen gegen Russland: Stellungnahme von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in Berlin, 26. Februar 2022

[Zwei Tage nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und unmittelbar vor dem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Gitanas Nausėda, Präsident von Litauen, sowie einen Tag vor der Sondersitzung des Bundestages, auf der Scholz Sondermittel in Höhe von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr, die Anhebung der Verteidigungsausgaben auf mindestens zwei Prozent der Wirtschaftsleistung und Lieferungen von Defensivwaffen an die Ukraine ankündigte; außerdem stimmte Deutschland anschließend im Rahmen der EU dem Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-System zu; d. Übers.]

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erleben einen dramatischen Augenblick und verantworten uns vor dem Tribunal der Geschichte für unsere Entscheidungen, aber auch für die Entscheidungen all derer, die beeinflussen können, was in der Ukraine geschieht. **Russland hat nicht nur die Ukraine überfallen, es will der Ukraine nicht nur ihre Souveränität nehmen, es erschlägt nicht nur Zivilisten, erschlägt Kinder, Frauen, Soldaten, Männer, sondern Russland will die gesamte Friedensordnung verletzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde. Russland will unsere Welt, die Welt, wie wir sie kennen, zerstören. Wir müssen jetzt handeln.**

Es ist keine Zeit zu verlieren, denn die Ukrainer verteidigen sich jede Stunde, jeden Tag und jeden Augenblick sehr, sehr entschlossen und stark, wobei sie sich vor der Übermacht des Feindes verteidigen müssen. Russland hat eine viel stärkere Armee, und trotzdem verteidigen sich die Ukrainer. So, wie wir es auf der Schlangeninsel [ukrainische Insel im Schwarzen Meer, dort sollen 13 ukrainische Grenzsoldaten bei der Eroberung durch die russische Armee getötet worden sein; d. Übers.] gesehen haben, bis zum letzten Blutstropfen. Meine Damen und Herren, heute **ist nicht die Zeit für den vorgeschlagenen Egoismus, den wir in manchen westlichen Ländern sehen.** Leider auch hier, in Deutschland, und deshalb bin ich zu Bundeskanzler Olaf Scholz gekommen, um das Gewissen zu erschüttern, um das Gewissen Deutschlands zu erschüttern. Damit sich Deutschland letztlich zu wirklich vernichtenden Sanktionen entschließt, zu Sanktionen, die so entschieden sind, dass sie die Entscheidungen des Kreml beeinflussen, dass sie auf die Entscheidungen Putins Einfluss nehmen. Hör auf, die Ukraine anzugreifen, hör auf, Menschen zu ermorden – das muss die Nachricht sein, die von hier aus Berlin nach Russland, nach Moskau geht.

Daher **müssen wir nicht nur Nord Stream 2, wir müssen Nord Stream 1 schließen, wir müssen uns endgültig von russischen fossilen Energieträgern, von Gas, Erdöl, Kohle, unabhängig machen, wir müssen aber auch das Eigentum derjenigen russischen Oligarchen, die mit Putin zusammenarbeiten, einfrieren und konfiszieren [...]** und das Geld für den Wiederaufbau der Infrastruktur des freien, souveränen ukrainischen Staates verwenden. Wir müssen das machen, **wir müssen die russischen Finanzinstitute, die russischen Firmen von der Finanzierung an den Kapitalmärkten abschneiden, sie aus dem MSCI-Index streichen.** Die Finanzwelt weiß sehr genau, was es bedeutet, Russland von SWIFT auszuschließen. **Alle Sanktionen liegen jetzt auf dem Tisch. Alle Sanktionen sollten auch in**

Berlin auf dem Tisch liegen, hier, im Herzen Deutschlands, darüber will ich mit Bundeskanzler Scholz reden. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

In Polen kennen wir das Sprichwort »Wahre Freunde erkennt man in der Not.« Auch in Deutschland sollte man gut darüber nachdenken, was das Sprichwort bedeutet. **5.000 Helme? Das soll wohl ein Witz sein.** Es muss wirkliche Hilfe sein, wie der Präsident von Litauen gesagt hat. Es muss auch wirkliche Waffenhilfe sein, Hilfe für die ukrainischen Soldaten, die kämpfen wollen. Hilfe für die ukrainische Nation, die kämpfen will. **Sie kämpfen auch für uns, für unsere Freiheit, unsere Souveränität, damit wir nicht die nächsten sein werden.**

Putin wird wie eine Kriegsmaschine vorgehen, wenn wir sie nicht aufhalten. Und aufhalten können wir sie nur mit sehr starken Sanktionen, sehr starken und entschlossenen Maßnahmen. Hier und jetzt.

Darüber habe ich heute Morgen auch mit Charles Michel gesprochen, darüber spreche ich fast täglich mit dem Ministerpräsidenten der Ukraine. Die Hilfe wird heute gebraucht. Humanitäre – ja, aber sie ist nicht die wichtigste. Am wichtigsten ist die Hilfe in Form von enormem Druck: »Hör auf, stopp den Kampf, stopp deine russischen Armeeeinheiten, setzt euch an den Tisch und zieh von dort ab.« Damit wieder Frieden herrscht. Das ist notwendig, das ist heute am allernotwendigsten.

Heute stehen wir vor dem Tribunal der Geschichte. Der unabhängige, souveräne, demokratische ukrainische Staat wurde von Russland angegriffen. Nichts wird Putin aufhalten, wenn wir nicht entschlossen genug sind. **Deutschland kann nicht im festbetonierten Egoismus versinken.** Man muss das aufhalten – wir müssen Putin aufhalten, denn am Horizont sehen wir die neue Gefahr eines Völkermords.

Unschuldige Menschen kommen ums Leben – Kinder, Frauen, Männer, Soldaten. Sie sehen die Bilder jeden Tag. Was ist mit Ihrem Gewissen? Lasst uns ihnen gemeinsam helfen. Das Sanktionspaket muss vernichtend sein. Es müssen wirklich massive Sanktionen sein. **Wir müssen Russland aus dem SWIFT-System ausschließen, um Russland vom großen Geschäft mit dem Westen abzuschneiden. Wir dürfen kein Erdöl von Russland kaufen. Wir dürfen von ihnen kein Gas oder Kohle kaufen.** Wir müssen uns von ihnen unabhängig machen, aber wir müssen auch alle russischen Oligarchen, die Putin unterstützen, von jeglicher Finanzierung abschneiden. Deshalb müssen wir russische Wirtschaftsunternehmen aus dem MSCI-Index streichen und Russland aus dem SWIFT-System ausschließen. Das sollte nicht nur die Oligarchen betreffen, sondern die gesamte russische Geschäftswelt im weiteren Sinne.

Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass **hinter all dem Putin steckt.** Also muss auch er auf die Sanktionsliste kommen. In diesem Augenblick stehen wir vor dem Tribunal der Geschichte. Das ist ein Augenblick von historischer Bedeutung, ein entscheidender Moment. Wir haben keine Zeit zu verlieren.

Was für eine Hilfe wurde von Ihnen der Ukraine übermittelt? 5.000 Helme, das ist doch wohl ein Witz! *Das ist ein Witz* [im Original Deutsch, d. Übers.!] Wir müssen den Ukrainern echte Hilfe leisten. **Erinnern Sie sich bitte auch, dass durch Nord Stream 1 und Nord Stream 2 nicht nur Gas fließt, sondern auch das Blut von Kindern, Soldaten und Müttern.** Bitte überlegen Sie sich das, denn das ist jetzt ein Moment von historischer Bedeutung. Wir müssen sicher sein, dass das, was wir heute tun, dazu beiträgt, die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine aufrecht zu erhalten. Das ist in unserem Interesse – im Interesse Polens, Deutschlands, Litauens und der ganzen EU.

Fettdruck im Original.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Ministerpräsidenten der Republik Polen]: <https://www.gov.pl/web/premier/przemowienie-premiera-mateusza-morawieckiego-w-berlinie> (abgerufen am 05.03.2022).

Über die Lage in der Ukraine: Pressekonferenz von Präsident Andrzej Duda nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, 2. März 2022

Guten Tag, meine Damen und Herren,

gerade endete die Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (*Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN*), auf der die Lage in der Ukraine behandelt wurde, der russische Überfall auf die Ukraine, der Krieg, der dort jetzt herrscht. Und natürlich in diesem Zusammenhang auch die Situation in der Republik [Polen, d. Übers.], das Problem der Flüchtlinge, das heute zu unserem Alltag gehört. Alle diese Fragen haben wir im Detail besprochen. Natürlich hat sich der Rat zur Geheimhaltung verpflichtet, daher kann ich keine Einzelheiten bekanntgeben.

Dies kann ich aber sagen: Ich konnte allen Teilnehmern, den Vertretern der Regierung, dem Ministerpräsidenten, den Ministern für die sehr gründlichen, detaillierten Aussagen und Antworten auf alle gestellten Fragen danken. Und den Vertretern der parlamentarischen Opposition – das heißt insgesamt aller Fraktionen und Parlamentarierkreise – für die sehr konstruktive und sehr ernsthafte Einstellung und Herangehensweise danken.

[...]

Wir haben, wie gesagt, alle Fragen rund um die inneren Angelegenheiten detailliert besprochen, auf welche Art und Weise wir handeln. Im Übrigen sind alle Vertreter der Fraktionen und Parlamentarierkreise im Bereich der Flüchtlingshilfe tätig, dafür danke ich ebenfalls vielmals. Alle konnten sich zu diesem Thema äußern, denn sie kannten die Situation aus eigener Anschauung – das zum ersten.

Zum zweiten haben wir auch vorgestellt, wie es auf internationaler Ebene aussieht, wie unsere Gespräche mit unseren Partnern aussehen, wie diese Frage im Nordatlantikkündnis aussieht, wie es aussieht, was die Europäische Union betrifft. Ich habe die Vorsitzenden, die Abgeordneten, die – natürlich – zu unterschiedlichen politischen Gruppierungen, auch auf europäischer Ebene, gehören, gebeten, unter ihren Kollegen im Ausland Lobbyarbeit dafür zu betreiben, dass der Ukraine der Status des Beitrittskandidaten zur Europäischen Union zuerkannt wird, was auch [der ukrainische, d. Übers.] Präsident Wolodymyr Selenskyj offiziell beantragt hat sowie auch ich und neun Präsidenten dies in den letzten Tagen unterstützt haben. Ein entsprechender Brief wurde von mir und den Präsidenten in den letzten Tagen an die Europäische Kommission und den Europäischen Rat gerichtet.

Ich hoffe, dass das zugunsten der Ukraine erwogen wird. Das ist für die Ukraine und die Ukrainer heute, die für ihre Freiheit kämpfen, für den Fortbestand ihres Staates, von außerordentlicher Bedeutung, um ihre Moral zu stärken, so dass sie wissen, dass die Europäische Union bei ihnen ist, dass sie ja die prowestliche Richtung heute mit ihrem eigenen Blut verteidigen, wenn sie ihren Staat verteidigen, dass wir für sie offen sind. Ich meine, das ist sehr wichtig.

Soviel kann ich zu den Fragen sagen, die nicht als geheim eingestuft sind, verzeihen Sie dies. Ich versichere, dass wir zusammenarbeiten, dass wir alle Tätigkeiten koordinieren. Ich habe auch die Vorsitzenden und Abgeordneten gebeten, besonders auf Desinformation zu achten. Leider tritt sie immer mehr auf. Dies ist insbesondere in den sozialen Medien zu sehen. Ich habe darum gebeten, sehr aufmerksam zu sein, nicht der Desinformation zu unterliegen.

Ich will sehr deutlich unterstreichen: Polen hat nicht die Absicht, sich an dem Krieg zu beteiligen. Ich bitte Sie, diese Befürchtungen nicht zu haben, und ich bitte, auf solche Informationen, dass wir uns irgendwo dafür bereit machen würden, dass wir am Krieg teilnehmen wollen, dass irgendwer jetzt polnische Soldaten in den Krieg schicken wolle oder dass Polen die Absicht habe, polnisches Kriegsgerät in den Krieg zu schicken – ich bitte darum, auf solche Informationen nicht zu hören. Polnische Soldaten begeben sich keinesfalls in den Krieg und ich bin fest davon überzeugt, dass sie nicht werden kämpfen müssen.

Selbstverständlich, wenn wir unser Land werden verteidigen müssen, dann werden wir unser Land verteidigen. Aber es weist gleichermaßen nichts darauf hin, dass wir angegriffen werden sollen. Ich will das sehr deutlich unterstreichen. Wir sind Teil des Nordatlantikkpaktes. Der Präsident der Vereinigten Staaten und der ganze Nordatlantikkpakt erneuern jedes Mal beharrlich die Garantie des Artikel 5: Wenn ein Staat des Nordatlantikkpaktes angegriffen wurde, bedeutet das de facto einen Weltkrieg. Also besteht eigentlich nicht die Wahrscheinlichkeit, dass eine solche Situation eintreten könnte – auch hier beruhige ich alle.

Dagegen ist in der Ukraine die Lage tatsächlich sehr schwierig – sie brauchen unsere Unterstützung sehr, sie brauchen unser Herz sehr. Für Herz und Unterstützung für sie danke ich allen, die das gewähren, außerordentlich. Ich bin dafür außerordentlich dankbar.

Ich will auch beruhigen, dass es keinen Beweis dafür gibt – denn es kamen solche Zweifel auf, dass Ausländer, die heute als Flüchtlinge aus der Ukraine zu uns kommen und keine ukrainischen Staatsbürger sind, sondern Bürger anderer Staaten, Indien und vieler anderer – Bürger aus 70 Staaten wurden bislang in der Menge der halben Million Flüchtlinge, die in unser Land kam, festgestellt – aber bei keinem von ihnen haben bisher unsere Grenzdienste festgestellt, dass einer aus Belarus kam.

Vielfach habe ich schon die Sorge gehört, dass sich die Migranten, die vor kurzem von den belarussischen Machthabern an die polnische Grenze getrieben wurden, nun in die Ukraine begeben und zusammen mit der Flüchtlingswelle nach Polen gehen würden. Wir haben keinen Beweis, dass das stattfindet. Bei der Überprüfung – und es ist eine sehr genaue Überprüfung – wurde so etwas kein einziges Mal festgestellt.

Es ist allerdings so – das gebe ich bekannt –, dass auf dem Gebiet der Ukraine, an den ukrainischen Universitäten zum Beispiel einige Zehntausend Studenten sind. Gerade gestern hat mich der Premierminister von Indien, mit dem ich sprach, informiert, dass sie 14.000 Studenten haben – ein Student aus Indien ist übrigens gestern in Charkiw [Ukraine, d. Übers.] infolge einer Explosion ums Leben gekommen – und diese jungen Menschen fliehen ganz einfach vor dem Krieg und treffen auf unserem Gebiet ein.

Ich bitte darum, sie mit aller Offenheit aufzunehmen, so wie wir alle anderen Flüchtlinge aufnehmen. Bitte keine Befürchtungen haben – diese Menschen brauchen auch Hilfe. Aus Indien kam ein Sondergesandter des Premierministers, der die Aktion koordiniert. Bereits gestern sind 400 indische Studenten ins Flugzeug gestiegen und nach Hause zurückgekehrt. Wir arbeiten hier mit anderen Regierungen zusammen, wir arbeiten mit den Botschaften zusammen.

Die Botschaften entsenden ihre Konsuln an die Grenze, damit sie koordinieren und ihre Bürger zusammenholen. So ist die Situation. Die Ukraine ist ein großes, ein riesiges Land, doppelt so groß wie Polen, es haben sich dort viele Menschen aus dem Ausland aufgehalten und wurden so Opfer des russischen Überfalls. Sie kommen zu uns, sie wollen ihr Leben retten. Helfen wir ihnen, seien wir ihnen gegenüber freundlich, gegenüber allen, die zu uns aus der Ukraine kommen.

Vielen Dank.

Herr Präsident, was ist mit dem Verteidigungsgesetz? [Gesetzesentwurf der Regierung, der u.a. höhere Verteidigungsausgaben und die Einführung eines freiwilligen Grundwehrdienstes vorsieht. Die Erste Lesung im Sejm steht kurz bevor. Außerdem ist die Aufstockung der Anzahl der Soldaten im Gespräch; d. Übers.] [...]

[...] – natürlich hat niemand gesagt, dass man im Verlauf der parlamentarischen Arbeiten nicht diskutieren oder dass es nicht irgendwelche Vorschläge geben werde. Aber alle haben übereinstimmend gesagt, dass das Gesetz sehr notwendig ist, dass es selbstverständlich ist, dass wir unsere Sicherheit durch Vergrößerung des Potentials unserer Armee, auch durch Erhöhung der Mittel dafür, stärken müssen, damit die Armee bestmöglich, modern ausgestattet wird, damit sie in der Lage ist, Polen nötigenfalls zu verteidigen. Natürlich in langfristiger Perspektive, denn das ist ein Prozess, der fortwährend dauert.

Heute sind bei uns Bündnispartner präsent, die hier zum Schutz unserer Sicherheit stehen – unsere NATO-Partner, vor allem die US-amerikanischen Streitkräfte. Es ist [hier; d. Übers.] also sicher, aber ich möchte, dass wir die Polnischen Streitkräfte dahin bringen, dass wir unsere Sicherheit allein mit den Kräften unserer Armee garantieren können. Ich glaube, dass das Gesetz dabei hilft, dass sich dank dieses Gesetzes dieses Problem lösen lässt.

Es gab Stimmen, dass die Ausarbeitung dieses Gesetzes in der Weise notwendig sei, dass die Haltung der gesamten politischen Bühne einheitlich sei, das heißt unabhängig, wer die nächsten Wahlperioden regieren wird, dass der Modernisierungsplan, der Plan, die Sicherheit Polens zu erhöhen, ganz einfach systematisch und ruhig realisiert werde. [...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej [Der Präsident der Republik Polen]. <https://www.prezydent.pl/aktualnosci/wypowiedzi-prezydenta-rp/wystapienia/prezydent-apeluje-by-dzialac-na-rzecz-czlonkostwa-ukrainy-w-ue,49831> (abgerufen am 05.03.2022).

Brief des Vorsitzenden der Polnischen Bischofskonferenz, Stanisław Gądecki, an Kyrill, Patriarch von Moskau und der ganzen Rus

Warschau, den 2. März 2022

Eure Heiligkeit,

vielen Dank für die Worte, die im Brief des Metropoliten Hilarion gestern übermittelt wurden. Ich teile die Auffassung Eurer Heiligkeit, dass Feindseligkeit gegenüber jedweder Nation immer unverzeihlich ist. Wir sind alle Brüder, daher nehmen wir auch jedes Unglück der ukrainischen oder der russischen Nation als unser eigenes wahr. Deshalb beten wir aus ganzem Herzen für Frieden in der Ukraine.

Damit unser Gebet jedoch nicht als Ausdruck von Scheinheiligkeit angesehen wird, müssen ihm Taten folgen. Ich glaube, Eure Heiligkeit, dass Du ein Mensch des Friedens bist. Unser Herr, Jesus Christus, lehrte: »Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen«, (Mt 5,9). Deshalb bitte ich Dich, Bruder, dass Du an Wladimir Putin appellierst, den sinnlosen Kampf mit der ukrainischen Nation einzustellen, in dem unschuldige Menschen ums Leben kommen und nicht nur die Soldaten, sondern auch Zivilisten leiden – insbesondere Frauen und Kinder. Ein Mensch kann mit einem Wort das Leid Tausender Menschen beenden – das ist der Präsident der Russischen Föderation.

tion. Ich bitte Dich demütigst, dass Du appellierst, das russische Militär aus dem souveränen Staat, der die Ukraine ist, zurückzuziehen.

Kein Grund, kein Recht rechtfertigt jemals die Entscheidung, eine militärische Invasion in ein unabhängiges Land zu beginnen, Wohnsiedlungen, Schulen oder Kindergärten zu bombardieren. Krieg ist immer eine Niederlage der Menschlichkeit. Dieser Krieg – wie ich in meinem vorangegangenen Brief schrieb – ist aufgrund der Nähe beider Nationen und ihrer christlichen Wurzeln umso mehr sinnlos. Darf die Wiege des Christentums auf slawischem Boden, der Ort der Taufe der Rus zerstört werden?

Ich bitte Dich auch, dass Du die russischen Soldaten aufrufst, nicht an diesem ungerechten Krieg teilzunehmen, die Ausführung der Befehle zu verweigern, deren Folge – wie wir bereits sehen – zahlreiche Kriegsverbrechen sind. Die Befehlsverweigerung in einer solchen Situation ist eine moralische Pflicht. Es wird die Zeit der Abrechnung dieser Verbrechen kommen, auch vor internationalen Gerichten. Wenn es jedoch jemandem gelingen sollte, der menschlichen Gerechtigkeit zu entgehen, gibt es ein Gericht, dem man nicht entgehen kann. »Denn wir müssen alle vor dem Richterstuhl Christi offenbar werden, damit jeder seinen Lohn empfängt für das, was er bei Lebzeiten getan hat, es sei gut oder böse« (2.Kor. 5,10).

Ich glaube, dass viele der in den Krieg geschickten Russen edelgesinnte Menschen sind. »Wir wissen nicht, auf wen wir schießen, sie sehen alle wie wir aus...«, sagte einer Eurer Soldaten. Ich bitte also, dass Du sie aufrufst, schneller nach Hause zurückzukehren und sich nicht die Hände mit unschuldigem Blut zu beflecken.

Als Schüler Christi wissen wir, dass das Hauptwerkzeug des Kampfes, über das die Kirche verfügt, die geistliche Waffe ist. »Aber diese Art fährt nicht aus denn durch Beten und Fasten«, lesen wir beim Evangelisten Matthäus (Mt 17,21; Mk 9,29). In Polen haben wir als Antwort auf den Aufruf von Papst Franziskus heute den Tag des Gebetes und des Fastens für die Errichtung eines gerechten Friedens in der Ukraine ausgerufen. Ich bitte Dich, Bruder, alle orthodoxen Brüder in Russland aufzurufen, ähnliche geistliche Werke auszuüben. Ich glaube, dass unser Herr nicht gleichgültig gegenüber unseren Gebeten und Opfern bleiben wird. Ich glaube, dass Fasten und Gebet das Herz des Menschen verändern.

In Christus
Stanisław Gądecki
Vorsitzender der Polnischen Bischofskonferenz

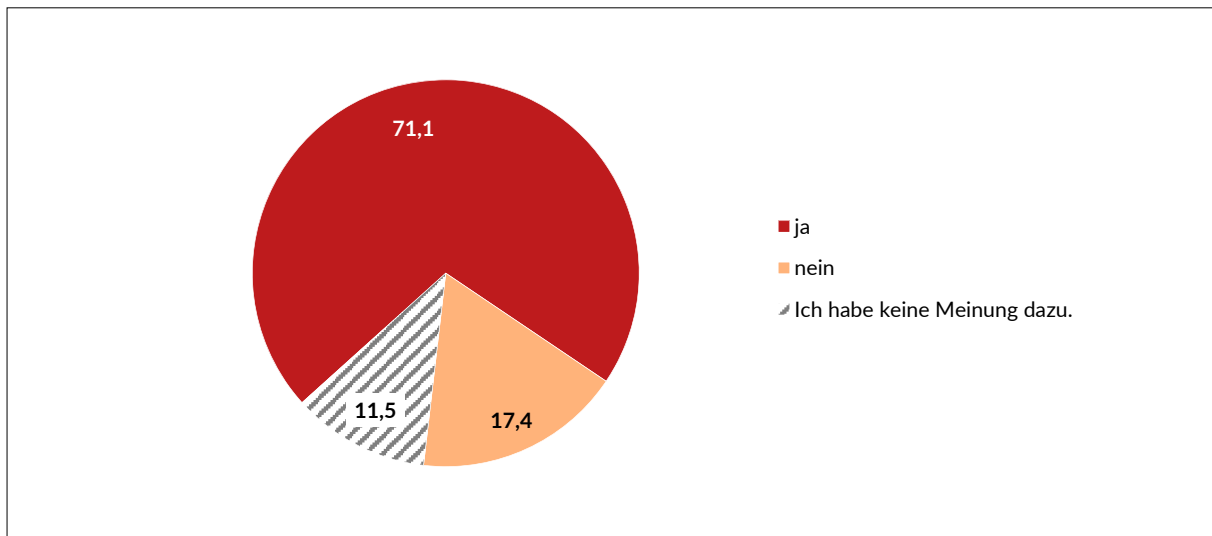
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Konferencja Episkopatu Polski [Die Polnische Bischofskonferenz]. <https://episkopat.pl/przewodniczacy-episkopatu-w-liscie-do-cyryla-wojna-jest-zawsze-kleska-ludzkości> (abgerufen am 10.03.2022).

UMFRAGEN

Einstellungen der polnischen Bevölkerung zum Krieg in der Ukraine

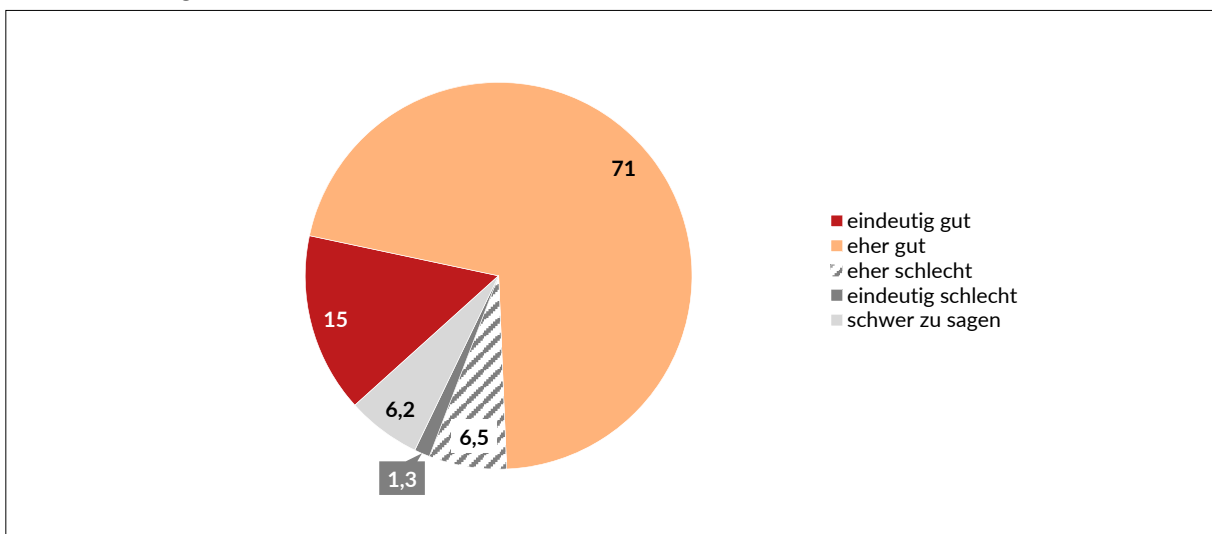
Grafik 1: Kann Russland einen Angriff auf Polen ausführen? (%)



Umfrage von SW Research für die online-Ausgabe der Tageszeitung Rzeczpospolita: rp.pl

Quelle: Rzeczpospolita vom 24.02.2022. Sondaż: 71,1 proc. Polaków uważa, że Rosja mogłaby zaatakować Polskę. <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art35754001-sondaz-71-1-proc-polakow-uwaza-ze-rosja-moglaby-zaatakowac-polske> (abgerufen am 11.03.2022).

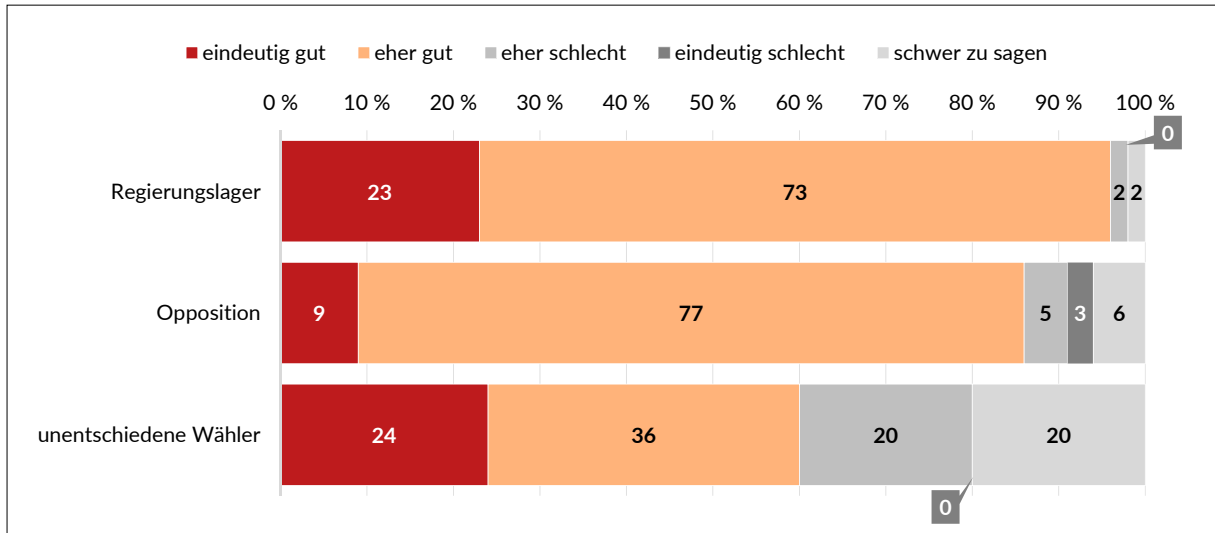
Grafik 2: Wie bewertest Du die Haltung der Politik – sowohl der Regierung als auch der Opposition – zum Krieg in der Ukraine? (%)



Landesweite telefonische Umfrage von United Surveys für die Tageszeitungen Dziennik Gazeta Prawna, dziennik.pl und die Radiosender RMF FM und rmf24.pl am 04.03.2022, 1.000 Personen.

Quelle: Dziennik Gazeta Prawna vom 10.03.2022: Polska klasa polityczna zdała egzamin [SONDAŻ]. <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/8376924,rzad-opozycja-wojna-w-ukrainie-sondaz.html> (abgerufen am 11.03.2022).

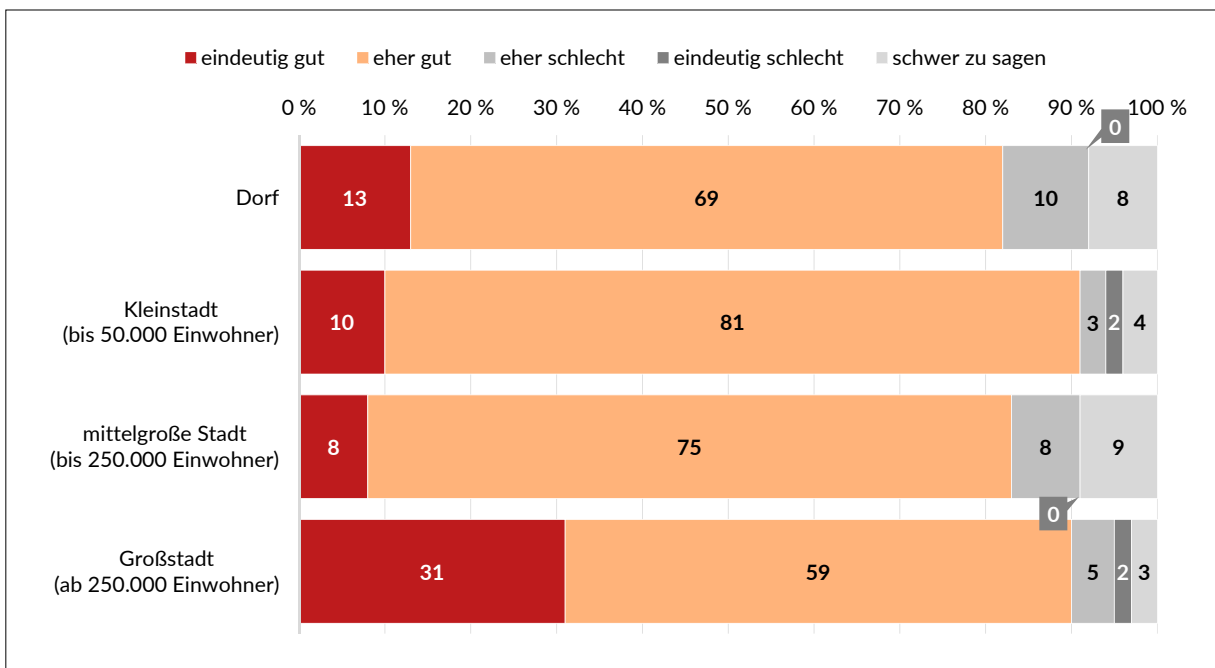
Grafik 3: Wie bewertest Du die Haltung der Politik – sowohl der Regierung als auch der Opposition – zum Krieg in der Ukraine? (% nach Wahlpräferenzen)



Landesweite telefonische Umfrage von United Surveys für die Tageszeitungen Dziennik Gazeta Prawna, dziennik.pl und die Radiosender RMF FM und rmf24.pl am 04.03.2022, 1.000 Personen.

Quelle: Dziennik Gazeta Prawna vom 10.03.2022: Polska klasa polityczna zda egzamin [SONDAŻ]. <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/8376924,rzad-opozycja-wojna-w-ukrainie-sondaz.html> (abgerufen am 11.03.2022).

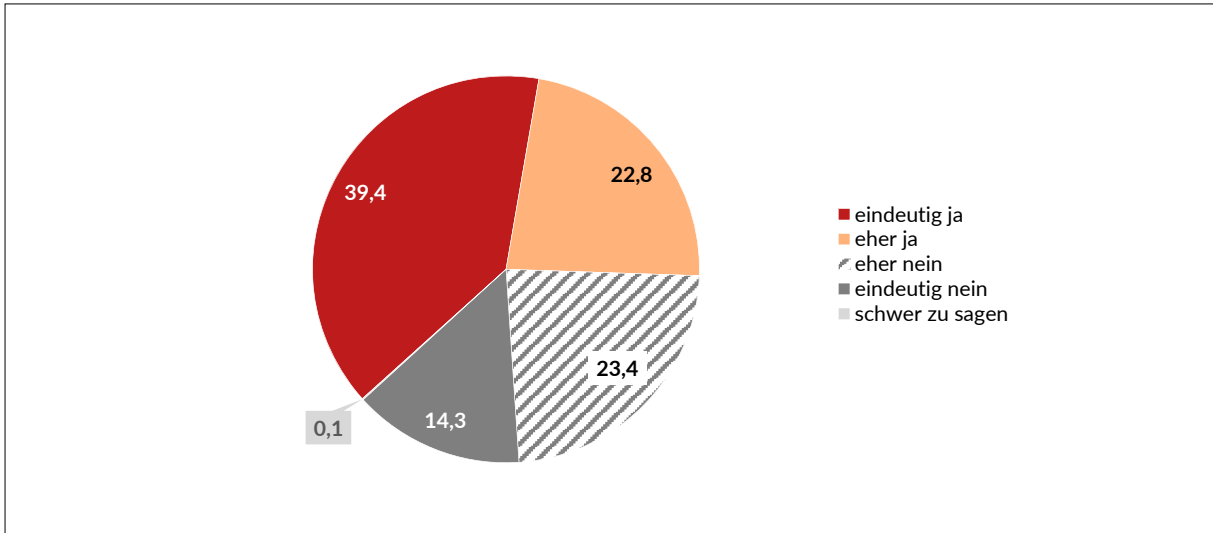
Grafik 4: Wie bewertest Du die Haltung der Politik – sowohl der Regierung als auch der Opposition – zum Krieg in der Ukraine? (% nach Wohnort)



Landesweite telefonische Umfrage von United Surveys für die Tageszeitungen Dziennik Gazeta Prawna, dziennik.pl und die Radiosender RMF FM und rmf24.pl am 04.03.2022, 1.000 Personen.

Quelle: Dziennik Gazeta Prawna vom 10.03.2022: Polska klasa polityczna zda egzamin [SONDAŻ]. <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/8376924,rzad-opozycja-wojna-w-ukrainie-sondaz.html> (abgerufen am 11.03.2022).

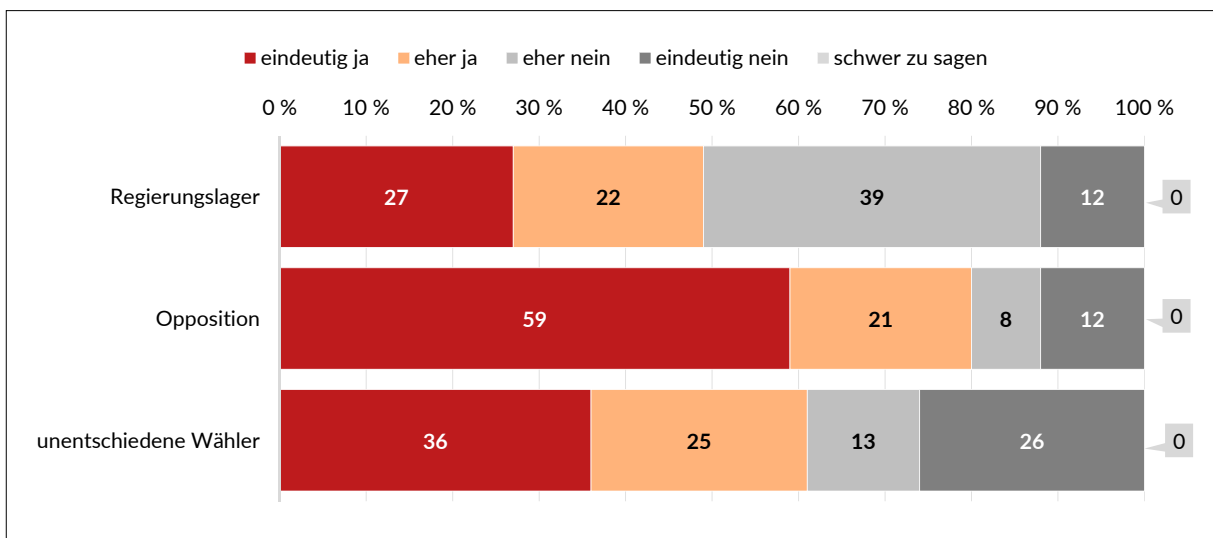
Grafik 5: Hast Du Dich in den letzten Tagen persönlich für Hilfe für Personen engagiert, die durch den Krieg in der Ukraine Schaden erlitten haben? (%)



Landesweite telefonische Umfrage von United Surveys für die Tageszeitungen Dziennik Gazeta Prawna, dziennik.pl und die Radiosender RMF FM und rmf24.pl am 04.03.2022, 1.000 Personen.

Quelle: Dziennik Gazeta Prawna vom 10.03.2022: Polska klasa polityczna zdata egzamin [SONDAŻ]. <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/8376924,rzad-opozycja-wojna-w-ukrainie-sondaz.html> (abgerufen am 11.03.2022).

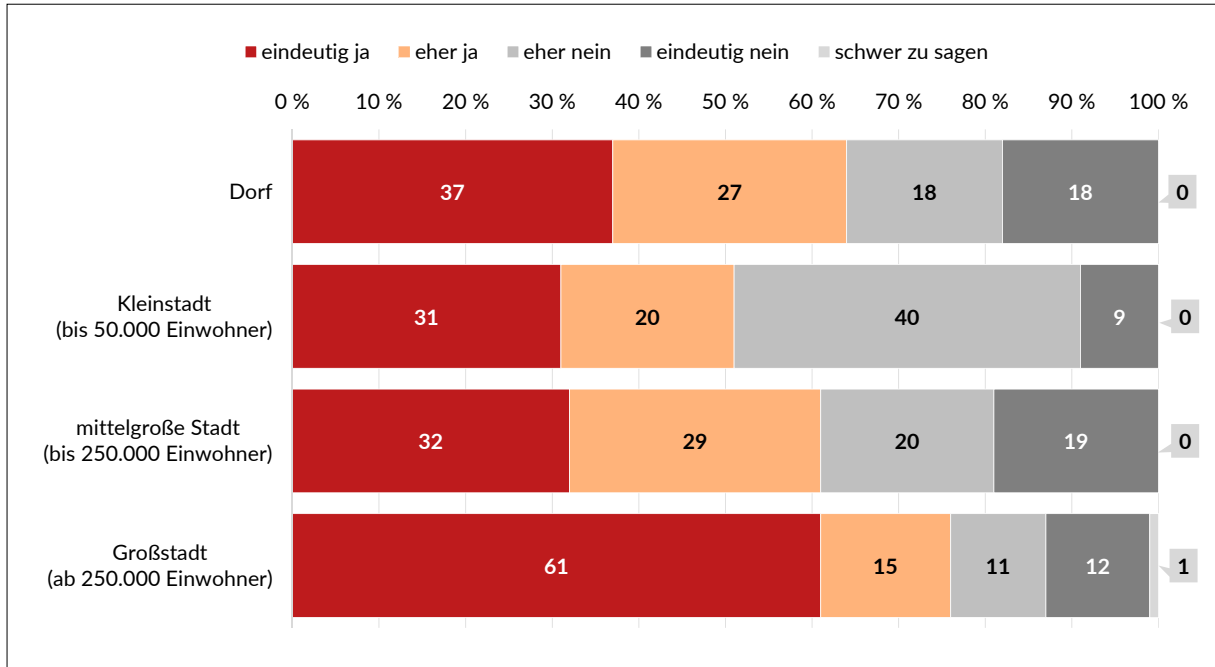
Grafik 6: Hast Du Dich in den letzten Tagen persönlich für Hilfe für Personen engagiert, die durch den Krieg in der Ukraine Schaden erlitten haben? (% nach Wahlpräferenzen)



Landesweite telefonische Umfrage von United Surveys für die Tageszeitungen Dziennik Gazeta Prawna, dziennik.pl und die Radiosender RMF FM und rmf24.pl am 04.03.2022, 1.000 Personen.

Quelle: Dziennik Gazeta Prawna vom 10.03.2022: Polska klasa polityczna zdata egzamin [SONDAŻ]. <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/8376924,rzad-opozycja-wojna-w-ukrainie-sondaz.html> (abgerufen am 11.03.2022).

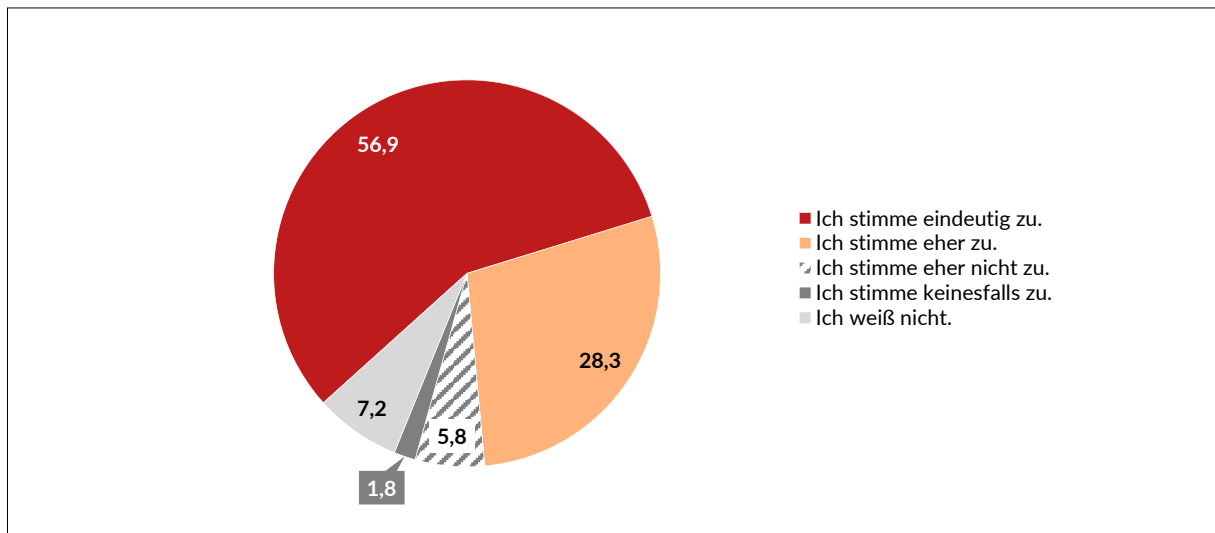
Grafik 7: Hast Du Dich in den letzten Tagen persönlich für Hilfe für Personen engagiert, die durch den Krieg in der Ukraine Schaden erlitten haben? (% nach Wohnort)



Landesweite telefonische Umfrage von United Surveys für die Tageszeitungen Dziennik Gazeta Prawna, dziennik.pl und die Radiosender RMF FM und rmf24.pl am 04.03.2022, 1.000 Personen.

Quelle: Dziennik Gazeta Prawna vom 10.03.2022: Polska klasa polityczna zdała egzamin [SONDAŻ]. <https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/kraj/artykuly/8376924,rzad-opozycja-wojna-w-ukrainie-sondaz.html> (abgerufen am 11.03.2022).

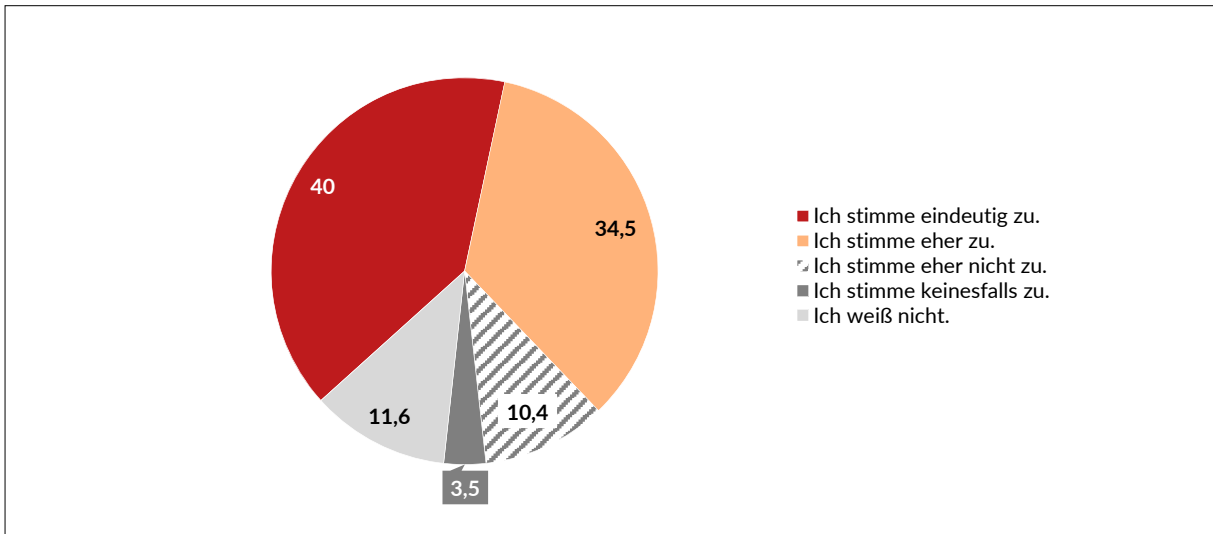
Grafik 8: Die Ukraine sollte in die Europäische Union aufgenommen werden. (%)



Umfrage von IBRIS für die Tageszeitung Rzeczpospolita.

Quelle: Rzeczpospolita vom 06.03.2022: Sondaż: Polacy chcą Ukrainy w Unii Europejskiej i NATO. <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art35814901-sondaz-polacy-chca-ukrainy-w-unii-europejskiej-i-nato> (abgerufen am 11.03.2022).

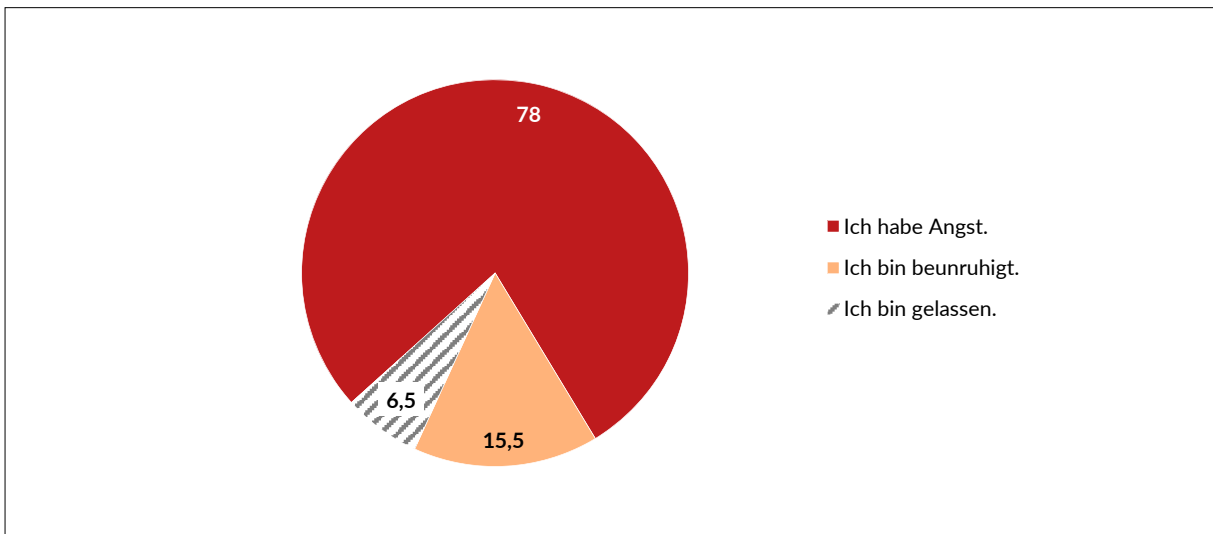
Grafik 9: Die Ukraine sollte in die NATO aufgenommen werden. (%)



Umfrage von IBRIS für die Tageszeitung Rzeczpospolita.

Quelle: Rzeczpospolita vom 06.03.2022: Sondaż: Polacy chcą Ukrainy w Unii Europejskiej i NATO. <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art35814901-sondaz-polacy-chca-ukrainy-w-unii-europejskiej-i-nato> (abgerufen am 11.03.2022).

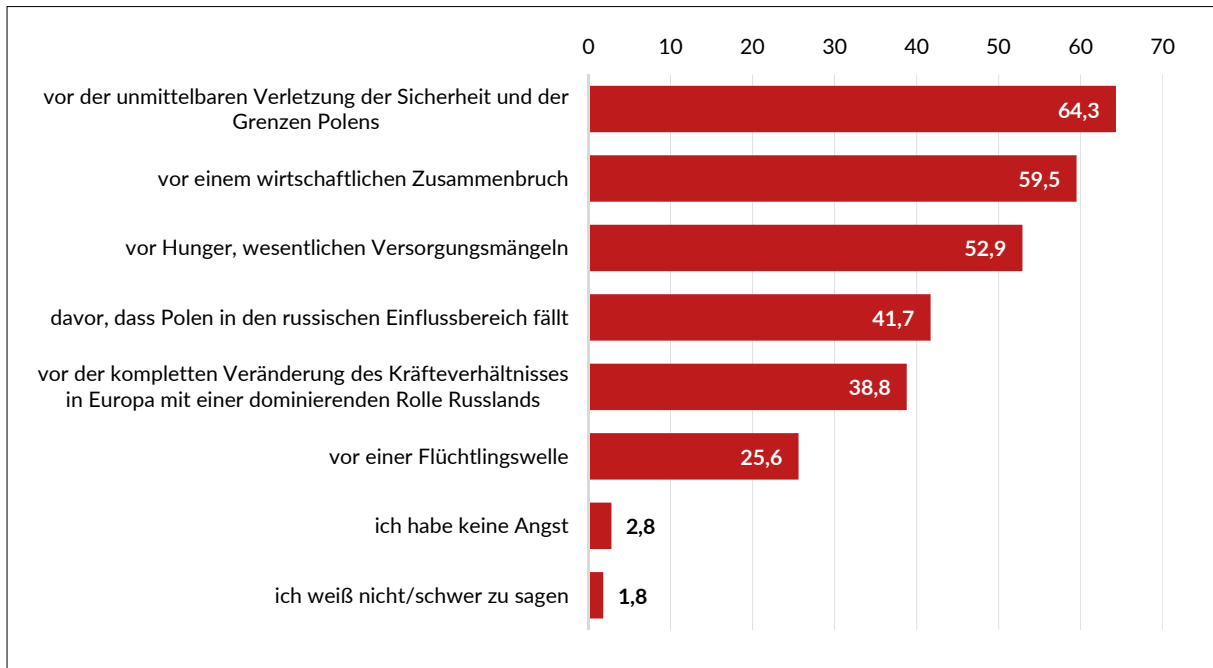
Grafik 10: Welche Gefühle haben Sie im Zusammenhang mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine? (%)



Telefonische Umfrage von IBRIS am 25.02.2022 für die Tageszeitung Rzeczpospolita, 1.000 Personen.

Quelle: Rzeczpospolita vom 27.02.2022. Sondaż: Strach ma twarz Putina. Polacy mają obawy przed wojną. <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art35768421-sondaz-strach-ma-twarz-putina-polacy-maja-obawy-przed-wojna> (abgerufen am 11.03.2022).

Grafik 11: Wovor haben Sie Angst im Zusammenhang mit dem Krieg? (%)



Telefonische Umfrage von IBRIS am 25.02.2022 für die Tageszeitung Rzeczpospolita, 1.000 Personen.

Quelle: Rzeczpospolita vom 27.02.2022. Sondaz: Strach ma twarz Putina. Polacy maja obawy przed wojna. <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art35768421-sondaz-strach-ma-twarz-putina-polacy-maja-obawy-przed-wojna> (abgerufen am 11.03.2022).

CHRONIK

01. – 14. März 2022

01.03.2022	Justizminister und Generalstaatsanwalt Zbigniew Ziobro teilt mit, dass die Staatsanwaltschaft infolge der russischen Invasion in die Ukraine, die in der letzten Woche begann, Untersuchungen im Zusammenhang mit der Straftat des Angriffskriegs eingeleitet hat. Der Prozessschriftsatz solle auch an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gehen.
01.03.2022	Präsident Andrzej Duda trifft sich auf dem Luftwaffenstützpunkt in Łask (Woiwodschaft Lodz/województwo łódzkie) mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Vor dem Hintergrund des russischen Militärangriffs auf die Ukraine und in Vorbereitung auf den für Juni geplanten NATO-Gipfel in Madrid (Spanien) habe man über die Verstärkung der NATO-Ostflanke gesprochen, so Duda. Beide bekräftigen, dass sich die NATO nicht aktiv in den Krieg zwischen Russland und der Ukraine einmische. Polen leiste umfangreiche humanitäre Hilfe, sagt Duda.
01.03.2022	Nach einem Treffen mit der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in Brüssel sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, er habe dazu aufgerufen, dass die Europäische Union den Kauf von Kohle aus Russland sowie in den kommenden Monaten die Erdöl- und Erdgaslieferungen aus Russland einstellt. Die bereits von der EU realisierten Sanktionen gegenüber Russland, die sie infolge der russischen Invasion in die Ukraine verhängt hat, zögen bereits Verluste für die russische Wirtschaft nach sich. Jedoch werde die Wirtschaft Russlands weiter mit harter Währung aus dem Energiesektor gestärkt, was den russischen Präsidenten Wladimir Putin dazu befähige, die Kriegsmaschinerie zu finanzieren.

01.03.2022	In Lodz (Łódź) empfängt Außenminister Zbigniew Rau seine Amtskollegen des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich, Polen), Annalena Baerbock und Jean-Yves Le Drian. Angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bekräftigen sie die Notwendigkeit einer einheitlichen Haltung der EU- und NATO-Staaten gegenüber Russland. Baerbock sagt, sie sei zutiefst beeindruckt von der privaten und zivilgesellschaftlichen Hilfe in Polen für Flüchtlinge aus der Ukraine.
01.03.2022	Nach aktuellen Angaben des Innenministeriums haben polnische Grenzschützer seit Beginn der russischen Invasion in die Ukraine (24. Februar 2022) 377.400 Flüchtlinge aus der Ukraine an den acht polnisch-ukrainischen Grenzübergängen abgefertigt. In ganz Polens wurden bisher 27 Aufnahmestellen eingerichtet, wo Informationen, Hilfe und eine Erstversorgung erteilt werden.
02.03.2022	Piotr Wawrzyk, stellvertretender Außenminister, sagt, eine Aufnahme der Ukraine in die Europäische Union sollte schnellstmöglich vollzogen werden. In der aktuellen Situation, da Russland in die Ukraine einmarschiert ist, sei es nicht notwendig, dass die Ukraine die Beitrittskriterien (»Kopenhagener Kriterien«) erfülle.
03.03.2022	Im Sejm findet die Erste Lesung der Novelle eines »Gesetzes zur Verteidigung des Vaterlandes« statt, welche die Regierung eingebracht hat. Das neue Gesetz soll das »Gesetz über die Allgemeine Pflicht zur Verteidigung« von 1967 aufheben. Es sieht höhere Verteidigungsausgaben vor, die aus dem öffentlichen Haushalt, einem einzurichtenden Fonds sowie Gewinnen börsennotierter Rüstungsunternehmen finanziert werden sollen. Außerdem sollen ein freiwilliger zwölfmonatiger Grundwehrdienst eingeführt und Reservisten als aktive oder passive geführt werden. Die Anzahl der Soldaten wird in der Novelle nicht festgelegt, das Regierungslager spricht jedoch von einer Aufstockung auf 250.000 in den operativen Militäreinheiten und 50.000 in den Truppen der Territorialverteidigung (Wojska Obrony Terytorialnej – WOT). Die Oppositionsparteien befürworten den Entwurf, melden jedoch Verbesserungsbedarf in Einzelpunkten an.
03.03.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak teilt in der Sejmdebatte zur Novelle des Verteidigungsgesetzes mit, dass die Regierung die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ab 2023 beschlossen hat.
03.03.2022	Regierungssprecher Piotr Müller dementiert Meldungen, wonach Kampfflugzeuge des Typs MiG-29 der polnischen Luftstreitkräfte für Kampfeinsätze in der Ukraine auf polnischen Flugplätzen zum Einsatz bereit stünden. Als Mitglied der NATO gehöre Polen einem Verteidigungsbündnis und keinem Offensivbündnis an. Man müsse zwischen den diesbezüglichen Erwartungen, die der Oberste Rat der Ukraine gegenüber Polen habe, und der Erfüllung der Erwartungen vonseiten Polens unterscheiden, so Müller. Hintergrund ist der Angriffskrieg auf die Ukraine, den Russland vor einer Woche begann.
04.03.2022	Nach Angaben des polnischen Grenzschutzes am Morgen sind seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 672.500 Personen aus der Ukraine nach Polen geflüchtet. Am Vortag hat der Grenzschutz 99.200 Personen abgefertigt.
05.03.2022	US-Außenminister Antony Blinken fährt nach Rzeszów (Südostpolen) zu einem Treffen mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Außenminister Zbigniew Rau. Thematisiert wird der gegenwärtig dauernde russische Angriffskrieg auf die Ukraine, u. a. die Stärkung der NATO-Ostflanke, die Verstärkung von Sanktionen gegenüber Russland und humanitäre Hilfe für die Ukraine. Rau kündigt an, Polen werde ein Dokumentationszentrum für in der Ukraine begangene Kriegsverbrechen einrichten. Aufgrund seiner historischen Erfahrungen während des Zweiten Weltkriegs fühle sich Polen verpflichtet, die Verfolgung von Kriegsverbrechen zu fordern. Blinken sagt, die US-Regierung habe beim Kongress für 2,75 Mrd. US-Dollar zur Unterstützung für humanitäre Hilfe in der Ukraine und Polen geworben. Weitere Stationen der Europareise Blinkens sind Brüssel, die baltischen Staaten und Moldawien.
06.03.2022	Der polnische Grenzschutz teilt mit, dass Stand heute, 20.00 Uhr mehr als eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine in Polen eingetroffen ist. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine als Auslöser der Fluchtbewegung begann am 24. Februar 2022.
06.03.2022	Stanisław Żaryn, Sprecher des Koordinators der Geheimdienste, teilt mit, dass die Agentur für innere Sicherheit (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) von der Staatsanwaltschaft Weisung erhalten hat, unter den Flüchtlingen aus der Ukraine Berichte und Beweise zu von Russland begangenen Kriegsverbrechen zu sammeln. Mitte der Woche hat bereits der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag angekündigt, dass er die Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen in der Ukraine eingeleitet hat.
07.03.2022	Im Rahmen eines Treffens von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Magdalena Kotlarczyk, Direktorin von Google Polska, wird bekannt gegeben, dass der Internetkonzern Investitionen in Höhe von knapp 2,7 Mrd. Zloty zum Ausbau seines Sitzes in Warschau tätigen wird. Vor dem Hintergrund der Invasion Russlands in die Ukraine unterstreicht Morawiecki, dass Internetkonzerne wie Google sich ihrer Verantwortung für die Verbreitung wahrer Inhalte bewusst sein und Falschinformationen löschen müssen.

08.03.2022	Das Außenministerium gibt die Bereitschaft Polens bekannt, sofort sämtliche Kampfflugzeuge des Typs MiG-29 der polnischen Luftstreitkräfte kostenlos auf die US-Luftwaffenbasis Ramstein (Deutschland) zu verlegen und sie den USA zur Verfügung zu stellen. Die MiG-Kampfflugzeuge sollten der Ukraine überlassen werden, die seit Ende Februar von Russland militärisch angegriffen wird. Gleichzeitig sei Polen bereit, von den USA gebrauchte Flugzeuge mit entsprechender Einsatzfähigkeit zu kaufen. Polen fordert andere NATO-Länder, die über MiG-29 verfügen, zur Nachahmung auf.
08.03.2022	Das US-Verteidigungsministerium lehnt den Vorschlag Polens zur Überlassung von MiG-29-Kampffjets für die Weiterverlegung in die Ukraine mit einem Zwischenstopp auf dem US-Stützpunkt Ramstein (Deutschland) als «nicht haltbar» ab. Angesichts der geopolitischen Dimension gebe es «ernsthafte Bedenken», erklärt der Sprecher des Pentagons, John Kirby. Dass Kampfflugzeuge, die dem US-Militär übergeben worden seien, im Krieg mit Russland von einem US- beziehungsweise NATO-Stützpunkt in Deutschland in den umkämpften ukrainischen Luftraum flögen, werfe «ernsthafte Bedenken für das gesamte NATO-Bündnis auf», so Kirby.
10.03.2022	Innenminister Mariusz Kamiński, Bundesinnenminister Nancy Faeser und ihr französischer Amtskollege Gérald Darmanin besuchen den polnisch-ukrainischen Grenzübergang in Korczowa (Woiwodschaft Vorkarpaten/województwo podkarpackie). Faeser dankt der polnischen Regierung für die »vorbildliche Aufnahme« der Flüchtlinge aus der Ukraine und den gesetzlich verankerten Zugang zu Hilfsmaßnahmen und zum Sozialsystem für die ukrainischen Schutzsuchenden. In Polen sind seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ca. 1,5 Mio. Flüchtlinge eingetroffen.
11.03.2022	Vizeverteidigungsminister Wojciech Skurkiewicz sagt in einem Interview für »Radio Plus«, dass die beiden US-Patriot-Raketenbatterien, die vor zwei Tagen von Deutschland nach Polen verlegt wurden, einsatzbereit sind, um mögliche Gefahren im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine abzuwehren. Im Rahmen seiner Modernisierung der Armee sei für Polen, abgesehen vom derzeit laufenden Kauf von Patriot-Raketen, die Anschaffung bewaffneter Drohnen aktuell am wichtigsten.
12.03.2022	Der Sejm verabschiedet ein Gesetz über die Hilfe für Ukrainer, die infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine nach Polen flüchten. Das Gesetz gilt rückwirkend ab dem ersten Tag des Angriffs am 24. Februar 2022. Es garantiert ukrainischen Staatsbürgern sowie auch Ehepartnern ohne ukrainische Staatsbürgerschaft für 18 Monate einen legalen Aufenthaltsstatus in Polen mit Arbeitserlaubnis und Recht auf Gesundheitsversorgung. Für eine Übergangszeit sind finanzielle Hilfen vorgesehen. Nach neun Monaten können die betreffenden Personen einen auf drei Jahre befristeten Aufenthaltsstatus beantragen. Ukrainer, die sich bereits vor dem Krieg in Polen aufhielten, betrifft das Gesetz nicht, ihnen wird jedoch eine Visumsverlängerung eingeräumt.
13.03.2022	Gesundheitsminister Adam Niedzielski teilt mit, dass jetzt damit begonnen wird, Patienten aus der Ukraine, die nach Ausbruch des Kriegs dort in Krankenhäuser in Polen aufgenommen wurden, auf Krankenhäuser in weiteren EU-Ländern zu verteilen. Aktuell sei ein Krankentransport nach Italien geplant.
14.03.2022	Paweł Szefernaker, stellvertretender Innenminister (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), dankt in einem Interview im Sender TVN24 für den großen Einsatz von Nichtregierungsorganisationen und Privatinitiativen bei der Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine, die infolge des russischen Angriffskriegs nach Polen geflohen sind. Er stimme dem Stadtpräsidenten von Warschau, Rafal Trzaskowski (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), zu, dass keine öffentliche Verwaltung der Welt in der Lage wäre, sich auf eine so große Flüchtlingswelle vorzubereiten. Die Betreuung sei nur im Zusammenspiel mit Tausenden Ehrenamtlichen zu leisten. In Polen seien ca. 1,7 Mio. Personen aus der Ukraine eingetroffen, von denen ca. 1 Mio. dort bleiben würden. Ab Mitte der Woche werde mit der Registrierung der Flüchtlinge für Sozialleistungen etc. begonnen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>